

Änderungsantrag

der Fraktion der SPD

zu der Beschlußempfehlung des Petitionsausschusses
– Drucksache 13/9784 –

Sammelübersicht 296 zu Petitionen

Der Bundestag wolle beschließen,
die Petition 1-13-06-1020-039154 der Bundesregierung zur Erwägung zu überweisen.

Bonn, den 21. April 1998

Rudolf Scharping und Fraktion

Begründung

In der Petition bittet ein iranischer Staatsbürger, der bereits langjährig in Deutschland lebt, um Klarstellung, daß anerkannten Asylbewerbern bei der Durchführung ihrer Einbürgerung nach Deutschland grundsätzlich ein Kontakt mit der Botschaft des Verfolgerstaates unzumutbar sei. In diesen Fällen müsse die Einbürgerung unter Hinnahme der Mehrstaatigkeit erfolgen.

Der Deutsche Bundestag ist nicht damit einverstanden, dieses Petitionsverfahren ergebnislos abzuschließen.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, nach einer Regelung zu suchen, die es anerkannten Asylberechtigten ermöglicht, ihre Einbürgerung in die Bundesrepublik Deutschland zu betreiben, ohne bei der Botschaft ihres Verfolgerstaates um die Entlassung aus ihrer bisherigen Staatsbürgerschaft persönlich nachsuchen zu müssen.

